

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Lehrkünstler, Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Zuckerwaren-, Süßkoll.- u. Keksinindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2

Erscheint jeden Donnerstag. Redaktionsschluss Montag morgen 10 Uhr.

Insertionspreis pro dreispaltige Petitzeile 50 Pfg., für die Zeilen 30 Pfg.

Ernährungsfrage und Agrarpolitik.

Der gegenwärtige Zustand unserer Ernährungswirtschaft beweist uns, in welcher verhängnisvollen Abhängigkeit sich die Bevölkerung der Städte und Industriegegenden gegenüber den landwirtschaftlichen Produzenten befindet. Schief ist der Gegensatz zwischen Stadt und Land hervorgetreten, und es bedarf starker Selbstbeherrschung derjenigen, wenn die, die unter dem Verfall unseres Agrarsystems jetzt Not und Unterernährung leiden, auch gegenüber einer so offensibaren Ungleichheit noch die Notwendigkeit erkennen sollen, daß trotzdem und alledem durchgehalten werden muß. Denn nicht allein um die Frage handelt es sich, ob unsere Ernährungswirtschaft sich bewährt hat. Hierüber dürfte es bei allen, die beruflich und politisch nicht zum Agrariertum gehören, nur eine übereinstimmende Meinung geben. Es steht eben die Zukunftsexistenz des ganzen Volkes auf dem Spiele und dieser Gesichtspunkt legt den Massen, die jetzt nicht satt zu essen haben, eine Disziplin auf, deren moralische Größe im umgekehrten Verhältnis zu den Praktiken steht, die im Verlauf des Krieges auf dem Lebensmittelmarkt zutage traten. Mangel und Teuerung sind die Kennzeichen unserer Kriegswirtschaft, besonders aber unserer Ernährungswirtschaft. Und der Hinweis auf das feindliche Ausland, in dem es angeblich ebenso ist, kann uns nicht überzeugen. In England, dem die ganze Welt zur Verfügung steht, kann schwerlich ein Zustand eintreten, wie jetzt bei uns; Frankreich und Italien nehmen teil an den englischen Hilfsquellen, und Rußland mit seinem ungeheuren Agrargebiet ist in seiner Ernährungswirtschaft auf fremde Hilfe nicht angewiesen. Wenn in Rußland einmal Störungen in der Nahrungsmittelversorgung eintreten, so handelt es sich um Fehler in der Organisation und um örtliche Erscheinungen, nimmermehr aber um einen Mangel, der für die Gesamtheit der Bevölkerung heftig werden könnte. Mag sonst in Rußland manches nicht stimmen, zu essen haben die Russen unter allen Umständen mehr als wir.

Die namhaften Vorräte an ausländischem Getreide, die bei Ausbruch des Krieges im Lande vorhanden waren, liegen uns zuerst den Ernst der Sachlage nicht erkennen. Diese Vorräte waren auch auf dem Gebiete der Nahrungsmittel so bedeutend, daß darüber die Erwägung, wie es um unsere Ernährungswirtschaft bestellt ist, wenn wir ganz auf die eigene Produktion angewiesen sind, ganz in den Hintergrund trat. Leider ist diese Frage nie mit der wissenschaftlichen Gründlichkeit, die wir sonst auf nebenfachliche Dinge verwendet haben, behandelt worden. Der gegenwärtige Notzustand beweist uns die Anzulänglichlichkeit unseres Ernährungssystems und wir spüren es jetzt am eigenen Leibe, daß die deutsche Landwirtschaft, entgegen allen Behauptungen von agrarischer Seite, nicht in der Lage ist, das deutsche Volk ausreichend zu ernähren. Es wäre schlimm um uns bestellt, wenn sich erweisen würde, daß der uns zur Verfügung stehende Boden nun einmal nicht ausreicht zur Ernährung der Gesamtbevölkerung. Schlimmer aber wäre es, wenn Fehler des Systems und der Organisation oder wenn gar persönliche Willkür zu einer Verschlechterung der Lebensbedingungen des Volkes mitwirken könnten.

Der Kriegszustand legt uns in unserer Lebenshaltung und in allen Einzelgebieten des bürgerlichen, beruflichen und wirtschaftlichen Lebens sehr starke Einschränkungen auf, die am empfindlichsten in der Ernährungswirtschaft in die Erscheinung treten. Wenn angesichts solcher kritischen Zustände die Forderung erhoben wird, daß auch die Landwirtschaft, wie alle anderen Produktionsgebiete, das Höchstmaß der möglichen Leistung erreichte, so bedeutet das allen denen, die in der jetzigen schweren Zeit das Allgemein-

interesse über das Interesse einzelner Bevölkerungsschichten stellen, als eine Forderung der Selbstverständlichkeit. Welches Befremden es im Lande erregt, wenn dieser Forderung Widerstand entgegengesetzt wird, scheint man sich in den in Betracht kommenden Kreisen nicht in ganzer Tragweite bewußt zu sein. Und wenn selbst die verantwortlichen Leiter unserer Ernährungswirtschaft sich gegenüber der Forderung des landwirtschaftlichen Produktionszwanges ablehnend verhalten und hier den Grundsatz der Freiwilligkeit vertreten, so ist das eine der unbegreiflichsten Erscheinungen dieses Krieges. Der Eindruck, daß hier mit zweierlei Maß gemessen wird, verschärft sich mit jedem Vergleich, den wir nach anderen Gebieten hin ziehen. Tritt der eiserne Zwang des Krieges nicht in allen Verhältnissen zutage? Müßten wir uns nicht in hundertsfältiger Weise Zwang auferlegen, um den schwereren Anforderungen dieser opferreichen Zeit zu

Wer Rat braucht in Fragen des Hilfsdienstgesetzes, wende sich immer zuerst an die Ortsverwaltung des Verbandes!

genügen? Und die Landwirtschaft, die das Fundament für die Lebensbedingungen des Volkes sein sollte, soll das nicht können?

Wenn dieser Krieg endlich einmal vorüber ist und wir an die Aufgabe herangehen können, unser zerrüttetes Innenleben wieder neu aufzubauen, werden sich in der Frage der Ernährungswirtschaft in der Hauptsache zwei Meinungen schief gegenüber stehen: Die eine wird von einer Interessentenminderheit vertreten sein, die auf die Leistungen der deutschen Landwirtschaft während des Krieges verweist und im Brüstion überzeugter Genugtuung sagen wird: Wenn wir nicht waren, wenn wir das deutsche Volk nicht ernährt hätten in einer Zeit, in der wir von aller Welt abgegeschlossen waren, dann war unsere Sache von Anfang an verloren. Das sind diejenigen, die an dem während der Kriegszeit beobachteten Anwachsen des Kapitalbestandes der landwirtschaftlichen Spar- und Darlehnskassen mit einem persönlichen Gutshaben beteiligt sind. Ihnen steht die Masse der Anklagenden gegenüber, die an die Zeit der Rationierung und Entbehrung zurückdenken und die der Meinung sind, daß es mit unserer Ernährungswirtschaft und Agrarpolitik unter keinen Umständen so weiter gehen kann, wie bisher. Das sind diejenigen, die in der Kriegszeit wirtschaftlich schwer geschädigt wurden, ihre Ersparnisse zu sehen und verloren.

Soll in Zukunft das Gesamtwohl des Volkes über dem Interesse einer einzelnen Klasse stehen, soll die Agrarfrage keine Agrarierfrage bleiben, sondern soll sie nach den Lehren des jetzigen Krieges auf die wahren Bedürfnisse eines Landes Rücksicht nehmen, das inmitten eines gewaltigen Entwicklungsprozesses zum Industriestaat steht, dann muß sich eine Aenderung in der Ernährungswirtschaft vollziehen. Und sie muß, entgegen allen widerstrebenden Elementen, erzwungen werden. Nicht der Grundsatz privater Freiwilligkeit, der doch sehr stark von der Frage des materiellen Verdienstes beeinflusst wird, darf bestimmend auf die Menge der Produktion und auf die Wahl der anzubauenden Früchte wirken, sondern die verantwortlichen staatlichen Instanzen haben dafür zu sorgen, daß jede Frucht in ausreichender Menge angebaut wird. In einem Lande, in dem es eine landesamtliche Meldepflicht gibt,

die Bevölkerungszahl feststeht und die Statistik sich auf einem gesicherten Kulturfundament aufbauen kann, sollte es kein Kunststück sein, das wirkliche Bedürfnis der Bevölkerung an landwirtschaftlichen Erzeugnissen festzustellen. Und in jedem Bundesstaat ist die Mehrheit der Einwohner der Ansicht, daß die landwirtschaftlichen Ministerien dazu da sind, diese Berechnungen auf eine so sichere Grundlage zu stellen, daß damit im Ernstfalle die Probe aufs Exempel gemacht werden kann. In der Theorie hat man ja auch dieses und manches andere berechnet und unsere einschlägige Literatur wimmelt von Statistik. Aber in der Praxis heißt es jetzt rationieren, dazahlen und Preise bezahlen, von denen sich vor dem Kriege selbst die unernehmungslustigsten Agrarier nichts haben träumen lassen.

Die Abhängigkeit, in der sich jetzt die nicht agrarische Bevölkerung befindet, läßt uns in einem Abgrund sehen. Dieser Abgrund gähnt zwischen Stadt und Land. Drüben der sichere Besitz des Bodens, der die Nahrung hervorbringt, die Handels- und Vermögensobjekt ist wie jede andere Ware und darum in ihrem Quantum, ihrer Beschaffenheit, ihrer Zusammenfassung und namentlich in ihrer Preisentwicklung isolativen Einflüssen unterliegt. Sühnen die Masse der Industrie- und Stadtbevölkerung, die unter allen Umständen auf die Nahrungsmittelversorgung angewiesen ist. Wie sehr der Grad der Abhängigkeit sich steigern kann, beweisen uns die jetzigen Zustände. Als zwingendste Folgerung des Krieges ergibt sich für die Zukunft die Forderung, daß die Fundamentalfrage der Volksernährung aus dem Niveau der privalkapitalistischen Interessentwirtschaft herausgehoben werden muß. Wenn irgendwo die elementare Notwendigkeit vorliegt, den Gesichtspunkt der Allgemeinheit den Interessen der Privatwirtschaft voranzustellen, so ist es hier der Fall. Die Frage der autarkischen Ernährung darf in Zukunft nicht mehr der privaten Verantwortlichkeit der agrarischen Produzenten überlassen werden, sondern durch den Staat und durch die Gesetzgebung ist die Gewähr dafür zu schaffen, daß Erzeugung und Verbrauch in einem richtigen Verhältnis zueinander stehen. Und selbstverständlich haben die zuständigen Behörden die Verantwortung hierfür zu übernehmen. Da wird es allerdings ohne einen gewissen Produktionszwang, gegen den man auch jetzt inmitten der Kriegsnot eine so zarte Scheu beobachtet, nicht abgehen. Dann dürfte und könnte es nicht vorkommen, daß man den Preis für ein bestimmtes Produkt künstlich in die Höhe schiebt, indem man die Anbaufläche vermindert und in diesem Produkt eine Knappheit hervorruft. Der Staat wird es im eigenen Interesse nach dem Kriege sehr nötig haben, eine auf das Gesamtwohl gerichtete Bevölkerungs- und Agrarpolitik zu treiben. Die Paris hierfür ist die Agrarfrage. Es entspricht aber nicht dem Gemeinwohl, wenn der Bauer und der Großgrundbesitzer die Anbaufläche für Kartoffeln nach eigener Willkür zurückgehen lassen darf, um dafür Hafer zu säen, der sich nach der Konjunktur besser bezahlt macht. Wenn die Regierung das Prinzip des Produktionszwanges so durchzusetzen kann, dann hat sie zum mindesten die Verantwortung für den Ausgleich zu übernehmen und in eigener Regie diejenigen Produkte anzubauen, deren Erzeugung in den privaten Betrieben nachläßt.

Das sind freilich Forderungen, deren Erfüllung auf dem Zukunftsgebiete einer noch recht unsicheren Reorientierung liegt. Wie diese Reorientierung auf agrarischen Gebieten aussieht wird, läßt die Tatsache vermuten, daß die preussische Regierung jetzt, in dieser Sturm- und Drangzeit, mit einer Gesetzesvorlage kommt, deren Zweck es ist, den landwirtschaftlichen Betrieb noch mehr zu privilegieren, als es bisher schon der Fall

von die Vorrechte einzelner Großgrundbesitzerfamilien in noch größerer Höhe zum Allgemeinwohl zu bringen, den Großgrundbesitz noch entscheidender zu festigen. Auch im preussischen Abgeordnetenhaus sind gegen die Forderungen nach einer größeren Zahl und berechtigten Bedenken ausgesprochen worden und der Versuch, eine solche Vorlage jetzt im Reichstag einzubringen, wurde als ein Versuch des Ausgriffes bezeichnet.

Eine Bodenverteilung, die den Grundbesitz vergrößert, den Großen noch größer werden zu lassen und den Kleinen aufzuheben, wirkt verberblich. Es langt nicht für die Allgemeinheit, wenn die Macht einzelner weniger Großgrundbesitzer so überwiegend ist, daß sie die bestimmenden Richtlinien für die ganze Agrarpolitik aufstellen können. Daß der landwirtschaftliche Großbetrieb rationaler wirtschaftet, trifft keineswegs auf jeden Fall zu. Es gibt Großgrundbesitzer, die von der Landwirtschaft keine Nahrung haben und sehr schlecht wirtschaften. Aus vielen Fideikommissen ließe sich ein reiches höherer Kleinrentner herauswirtschaften, wenn sie auf selbständige Kleinbauern aufgeteilt würden. Gegenden, in denen die Fideikommisswirtschaft überwiegt, leiden an starker Schwandlung, weil die Bevölkerung keine andere Ertragsmöglichkeit als die der Gutsdienbarkeit findet. Am Ende des Jahres 1900 waren in Schlesien 674 000 Hektar, das sind 2,7 Millionen Morgen, in 196 Fideikommissen gebunden. Eine so ungesunde Festlegung des Bodenschicks in die Hände weniger Großgrundbesitzer nimmt der Bevölkerung die Entwicklungs- und Bewegungsfreiheit.

Der neue Gesetzentwurf stellt nun zwar gewisse Richtlinien auf, indem er eine Höchstgröße von 10 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche für die fideikommissarische Bindung zu ziehen sucht. Wie es damit jedoch in der Wirklichkeit befehlen ist, schildert eine im „Berliner Tageblatt“ veröffentlichte Zuschrift wie folgt:

Im Regierungsbezirk Straßburg sind nicht weniger als 21 % der Gesamtfläche fideikommissarisch gebunden. Die beiden Nachbarbezirke des Regierungsbezirks Saarlouis weisen: De n n n n eine Bindung von über 15 %, P a r k l a m eine solche von über 10 % auf. Im Regierungsbezirk Köln erreicht die Bindung fast 30 %, im Regierungsbezirk Braunschweig über 28 %. Diese Zahlen müssen allerdings die Basis für die Verhandlungen mit der Regierung bilden. Straßburg ist jedoch nicht sehr wahrlich und fast ausschließlich befunden sich dort nicht weniger als 21 % der landwirtschaftlich nutzbaren Bodens in der Hand der Fideikommissaren.

Man sieht also, welche erhebliche Prozentzahl des Agrarbodens fideikommissarisch festgelegt ist. Es läßt sich nicht behaupten, daß unter Agrarjuristen die Befreiung dieses Krieges glänzend bestanden hätte. Wir sind nachschaffend und im besondern landwirtschaftlich ganz und gar nicht auf einen Krieg nach allen Fronten eingestellt gewesen. Und mit unsern Systemen und unserer Organisation ist es keineswegs auf allen Gebieten so glänzend bestellt, wie es immer betont wird. Unsere Ernährungsweise ist eine der ungesündesten Kapitel in der Geschichte dieses Krieges und wir müssen jetzt durch Entbehrung und Selbstbeherrschung aufbringen, was vorher von Organisationen und Parteien versäumt wurde. Unter keinen Umständen darf das in Zukunft so weitergehen, sondern es muß von einer für die Ernährungsweise verantwortlichen Regierungsbildung die Richtlinien für Anbau und Ernte aufgestellt. Die Wahrung berechtigter Interessen der Bauernschaft in selbstbestimmter, sich selbst für die Gesundheit des Volkes aber in es, wenn das Agrarrecht sich zu einem positiven Rechtssystem entwickeln kann, der die Regierung in ihren Entscheidungen beizuhilfen.

Die Mitgliederzahl, Annahmen sowie die Einsparungen und Ausgaben des Verbandes in den Kriegsmoaten.

Das ganze Berichtsjahr 1916 hindurch haben wir durch die monatlich bei der Gewerkschaft durch die Zahlstellen eingehenden Übersichten unsere Zusammenstellungen über den Stand der Organisation gemacht. Diese Zusammenstellungen sind jedoch wegen Klagen wegen im Fortgang immer ungenügender geworden.

Die folgende Tabelle gibt eine Übersicht, wie sich die Zahlstellen in der Organisation während des Krieges geändert haben.

Am Ende des Jahres 1915 31 658 Mitglieder im Kriegsdienst, darunter noch 500 männliche und 175 weibliche Mitglieder in der Heimat als beitragsfähige Mitglieder. Dabei sind die im Krieg gefallenen oder an ihren Wunden oder Krankheiten gestorbenen Mitglieder im Kriegsdienst von jeder Zahl nicht abgezogen, weil sie nur bestimmt die Statistik betreffen, die in unsern Angelegenheiten registriert werden, was in der Gewerkschaft nur die verbleibenden Mitglieder sind; deren Tod nicht zu dem gegnerischen Teil, wenn wir leider damit rechnen müssen, daß wir in diesem Krieg mindestens 240 000 Mitglieder durch den Tod verloren haben.

Das Verhältnis stellt sich also jetzt so, daß wir noch mindestens diese im Kriegsdienst gestorbenen Mitglieder

86 984 männliche Mitglieder haben sollten; davon sind 51 658 oder 59,5 % der Gesamtzahl im Kriegsdienst und 35 326 oder 40,5 % der Gesamtzahl befinden sich noch im Arbeitsverhältnis.

Von den 31 658 Mitgliedern im Kriegsdienst waren 12 303 verheiratet und hatten insgesamt 16 784 Kinder unter 14 Jahren zu ernähren.

Die Zahl der neu aufzunehmenden Mitglieder hat im Dezember 1916 mit 208 Neuaufnahmen den tiefsten Stand aller Kriegsmoate erreicht. Leider wird bei der Verkleinerung des Agitationsgebietes, das immer mehr in die Gefangenschaft tritt, denn nach unseren Feststellungen haben wir im ganzen Lande mit höchstens noch 18 000 männlichen Arbeitern in unserem Bereiche zu rechnen (vor dem Krieg gab es in Deutschland allein 103 000 Arbeiter- und Soldatengehilfen, dazu die ungelerten Hilfsarbeiter in Mähderei, Konditorei und in der Spinnwebenindustrie), die Arbeitsmöglichkeit zur Gewinnung neuer Mitglieder immer geringer werden und lediglich sind es noch die Jungen, eben aus der Lehre kommenden Arbeiter, die wir für die Organisation gewinnen können. Bis nach langer Zeit der Mitgliedschaft auch sie zum Kriegsdienst eingezogen werden.

Das Beitragsverhältnis der Mitglieder war mit einigen Abweichungen das ganze Jahr hindurch ein gutes zu nennen, trotz allerdinge wesentliche mit Bezug, daß es nur zu Beginn des Jahres hier und dort zeitweilig noch einige arbeitslose Mitglieder gab, daß aber gegen den Schluß des Jahres arbeitslose Männer in unserem Bereiche nirgends mehr zu finden waren. So kommt es, daß durchschnittlich auf jedes Mitglied im Quartal 13 Beiträge entfallen.

In den Einnahmen der Organisation für die Monate November und Dezember sind rund 16 000 Pfennige für belegte Kapitalien enthalten, außerdem eine besondere Zusage einer der Organisation nahestehenden Unternehmung mit 1 500 im untern Unterstützungsfonds.

Die Ausgaben des Verbandes sind sich ziemlich gleich geblieben, erscheinen nur in jedem letzten Quartale.

Monat	Einnahmen von Mitgliedern	Einnahmen von anderen Mitgliedern	Gesamt-Mitglieder im Kriegsdienst	Anzahl der noch unbeschäftigten Mitglieder	Beiträge von den Mitgliedern	Auf die Beiträge entfallende Beiträge	Einnahmen der Gewerkschaft	Ausgabe der Hauptverwaltung					Sonstige Unterstützung		
								Gesamt	Arbeitslose	Heimliche	Freiwillige	Familien			
1914: Durchschnitt von															
Januar bis Juli	845		29116		98248	320	51807	45688	11605	888	10495				1694
August	192	8211	20587	69456	337	37038	37983	15115	198	7041					696
September	388	1709	19266	67813	352	37500	43987	13663	101	2188	17050				770
Oktober	484	857	10777	18893	3784	37108	40808	5585	71	1478	18180				888
November	536	1276	12053	18153	3627	33902	46339	4268	15	1286	16395				1389
Dezember	361	960	19018	64617	368	36356	44573	3551	32	1207	18710				308
1915: Januar	440	861	13874	17138	347	31823	40888	3984	81	1186	18610				392
Februar	371	2140	16014	15864	348	28867	39078	4488	108	1564	19650				372
März	326	2629	18643	19889	377	28111	26867	6139	107	1718	1460				646
April	448	1074	19717	12863	381	25413	24145	4585	148	1305	140				360
Mai	311	541	20258	12133	339	22023	13777	1513	65	1174					840
Juni	301	1069	21227	11866	359	21650	16191	481	16	1874					617
Juli	353	955	22282	10763	398	22222	17701	706		2851					855
August	492	675	22857	10680	381	22055	16057	665		2607					325
September	457	939	23796	10198	338	20888	16166	704		2745					324
Oktober	452	782	24578	9868	475	22228	12981	656	5	2637					306
November	410	876	23454	9402	470	23724	20291	513	13	2444					458
Dezember	290	582	26036	9110	478	45079	39092	498	38	2804	55475				615
1916: Januar	346	465	26501	8991	37279	475	19444	13508	1144	37	3532	2180			528
Februar	385	442	26343	8934	36940	474	19551	14046	1013	21	2657	2382			715
März	461	566	27509	8829	36282	471	19257	13539	1372	21	3173	2275			828
April	379	467	27976	8741	35524	470	18508	13005	1308		2758	2381			754
Mai	337	417	28398	8661	38811	390	19172	16348	2085		2754	2350			520
Juni	302	408	28801	8555	34866	470	19264	18767	1524	18	2502	2288			681
Juli	279	319	29120	8515	35039	472	18714	15527	1399	21	3167	1985			490
August	251	411	29531	8355	35627	426	19359	15074	1305	25	2345	2000			1252
September	382	553	30084	8134	33021	470	18107	13781	1068		2319	2238			643
Oktober	381	493	30577	8029	34776	428	18655	13560	667	28	2188	2280			965
November	340	668	31185	7754	31889	471	26138	14100	467		1840	2103			651
Dezember	203	473	31658	7484	32827	423	25886	52917	536		1610	42540			801
Summe	10538	31658	31658	7484	—	—	757809	732053	86992	1168	67092	238102	—	—	20389

149 weibliche Mitglieder durch Weibereit in andere Verbände verflozen. * Zur Gesamtzahl während der Kriegsmoate.

Verordnung mit dem Reichsverband Brandenburg des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine betreffs Steuerungsfragen.

Vertreter der Gewerkschaften und Genossenschaften für den Reichsverband nun haben am 5. Februar 1917 über die Gewährung einer Steuerungsfrage für die in den Konsumvereine beschäftigten Personen verhandelt und anerkannt, daß in Anbetracht der gesamten Verhältnisse die Gewährung einer Steuerungsfrage notwendig ist. Die Vertreter haben folgende Mindestsätze festgelegt:

- Für weibliche ledige Angehörige 8 pro Monat
- männliche Ledige und Verheiratete mit einem jährl. Einkommen bis zu 1800 16
- männliche Ledige und Verheiratete mit einem Einkommen über 1800 14
- jedes Kind bis zum vollendeten zehnjährigen Lebensjahr, wenn es noch nicht erwerbstätig ist und für dessen Unterhalt die beschäftigte Person sorgt, eine Zulage von 3

Die Berechnung der Gehaltsgrenze von 1800 erfolgt auf Grund der gegenwärtig nach den tariflichen beziehungsweise vertraglichen Bestimmungen zu zahlenden Wochenbeziehungswiese Monatslöhne.

Die Steuerungsfrage ist zu gewähren ab 1. Januar 1917 bis 1. Juni 1917.

Jedem Angehörigen, die im Januar 1917 ihre Stellung in einem Verein ausgeübt haben beziehungsweise entlassen worden sind, erhalten die Steuerungsfrage nicht.

Die ab 1. Februar 1917 aus einem Verein ausscheidenden Angehörigen erhalten die Steuerungsfrage für die Tage ihrer Beschäftigung gewährt.

Als Grundlage zur Berechnung wird festgelegt, daß der Monat mit 26 Arbeitstagen zu berechnen ist.

Die Auszahlung der Steuerungsfrage erfolgt an den jeweiligen Wohnabstufungsstellen.

Wahrgelassene Frauen, die das volle Gehalt ihres zum Heeresdienst eingezogenen Mannes beziehen, erhalten die Steuerungsfrage nicht.

Verheiratete Frauen, deren Männer arbeiten, aber die für ihre zum Heeresdienst einberufenen Männer Kriegsunterstützung beziehen, werden den Ledigen gleich erachtet.

Ledige Personen, die einem eigenen Hausstand vorstehen oder die einzigen Ernährer ihrer Eltern sind, werden den Verheirateten gleichgestellt.

Bisher gewährte höhere Steuerungsfragen, als vorstehend aufgeführt, bleiben bestehen.

Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst.

Mit Zustimmung des vom Reichstage gewählten Ausschusses hat der Bundesrat durch eine Verordnung vom 20. Januar 1917 neue Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst erlassen. Die wichtigsten von ihnen beziehen sich auf die Erteilung des Aufschriebs. Nach der Verordnung ist jeder Arbeitgeber, der einen Hilfsdienstpflichtigen beschäftigt, verpflichtet, ihn einen Aufschrieb auszustellen, wenn das Arbeitsverhältnis von seiner — des Arbeitgebers — Seite oder mit seiner Zustimmung aufgelöst wird; es ist dabei gleichgültig, ob der Betrieb des Arbeitgebers selbst zu den Hilfsdienstbetrieben zählt oder nicht. Weigerung hat für den Arbeitgeber zwar keine Bestrafung, wohl aber Schadenersatzpflicht zur Folge.

Die Ausübung der Verpflichtung zur Erfüllung von... die in dieser Bestimmung liegt, ist im Interesse der Arbeiter...

Für Honorar und Anwesen: B. Dörbrügge M. 350, Offen 3,90. Für... Der Hauptkassier: O. Freitag.

Sterbetafel. Magdeburg. Andreas Bode, Bäcker, 88 Jahre alt, am 6. Februar.

Kriegsverluste des Verbandes. Bezirk Chemnitz. Max Pöhl (Limbach), Bäcker, 20 Jahre alt, gestorben in einem Lazarett.

Schuldenverträge und Strafen. Die Reichs-Brotbäcker-Vereinigung...

Der Deutscher Bäcker- und Konditoren-Verein Berlin-Tempelhof hat seit Anfang Februar übermässig eine Feuerungszulage gewährt...

Zu der Grafsbacher Ortsbauerschaft Grafsbader Brunn, Hannover, wurde durch Verhandlungen eine nachmalige Feuerungszulage von M. 2 erreicht...

Der Konsumverein in Bensheim hat jetzt die Feuerungszulage erhöht und beschlossen, auf die Zeit vom 1. Januar bis 30. September 1917 wöchentlich M. 4 für männliche...

Der Konsumverein München (1904) gemährt seinen acht Bäckern ab 14. Januar 1917 durch eine Eingabe von uns wöchentlich je M. 3, im ganzen also M. 24.

Landpostvereine. Generalversammlungen. Chemnitz. In der Generalversammlung am 28. Januar gab Kollege Senft den Bericht...

Freiburg i. Br. Die Generalversammlung der Zahlstelle wurde am 4. Februar im Württemberg-Salok abgehalten. Sie erpedierte sich eines guten Besuchs.

Stuttgart. Am 4. Februar tagte im Gewerkschaftshaus unsere diesjährige Generalversammlung. Der Besuch war der Zeit entsprechend gut.

Abteilung; M. B. sind an das Gewerkschaftsstellstell abgetrennt worden. während M. 77,41 für Agitationszwecke aufgebracht wurden.

Wesha. Im Weshaeramt 'Zur Warkburg' hielten wir am 12. Januar unsere Generalversammlung ab. Die Mitglieder waren zahlreich erschienen.

Hannover-Altona. Die Generalversammlung am 30. Januar im Gewerkschaftshaus eröffnete Kollege Krohn und ließ zunächst einen probatorischen Schriftführer wählen...

Stuttgart. Am 4. Februar tagte im Gewerkschaftshaus unsere diesjährige Generalversammlung. Der Besuch war der Zeit entsprechend gut.

Aus Innsbruck. Obermeister Biener, Chemnitz, für Aufhebung der Fortbildungspflicht während des Krieges. Eine an das Kultusministerium gerichtete Eingabe...

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. Dattlung. Vom 5. bis 10. Februar gingen bei der Hauptkassie des Verbandes folgende Beiträge ein:

Für Januar: Stendal M. 7,75, Offen 22,79, Hiesburg 121,03, Landsberg a. d. W. 10,25, Rostock 40,11, Wandsbun 187,94...

Aus Innsbruck. Obermeister Biener, Chemnitz, für Aufhebung der Fortbildungspflicht während des Krieges. Eine an das Kultusministerium gerichtete Eingabe...

und die Gewerksamern. In der Gewerksamern... auch die Gewerksamern. In der Gewerksamern... auch die Gewerksamern...

Allgemeine Kundgebung

Kartoffelbestandsaufnahme am 1. März 1917. Vom Kriegsernährungsamt wird amtlich mitgeteilt... Kartoffelbestandsaufnahme am 1. März 1917...

Genossenschaftliches

Der Fortschritt. Insterwaren- und Schokoladenfabrik... Der Fortschritt. Insterwaren- und Schokoladenfabrik... Der Fortschritt...

Kundtoren

Zur Bäckereibergarbeiter-Vereinigung... Kundtoren... Zur Bäckereibergarbeiter-Vereinigung...

Großindustrie

Ein ganz vorzügliches Geschäft machte die... Großindustrie... Ein ganz vorzügliches Geschäft...

Internationales

Nachtbackverbot in Oesterreich. Der Vorwärts vom 12. Februar meldete... Nachtbackverbot in Oesterreich...

Arbeitslosigkeit in Schweden

Die am 15. Januar in Schweden... Arbeitslosigkeit in Schweden... Die am 15. Januar in Schweden...

Gewerkschaftliche Kundgebung

Die Gewerkschaften als Friedenspioniere... Gewerkschaftliche Kundgebung... Die Gewerkschaften als Friedenspioniere...

die Sozialdemokratie den Krieg verhindern? Die... die Sozialdemokratie den Krieg verhindern?

Spätestens am 17. Februar ist der 8. Wochenbeitrag für 1917... Spätestens am 17. Februar...

Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen... Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen...

Sonntag, 18. Februar: Halle a. S. 3 Uhr im Gewerkschaftshaus... Sonntag, 18. Februar...

Sonntag, 25. Februar: Cassel (öffentliche für Bäcker) Messer... Sonntag, 25. Februar...

Anzeigen

Routrouffasse National laufe sofort... Routrouffasse National laufe sofort...

Nürnberger Bäcker- und Konditorgehilfen... Nürnberger Bäcker- und Konditorgehilfen...

Matten und Mäntel werden in einer Nacht radikal vertilgt... Matten und Mäntel...

REIDL'S BACKPULVER bei 9 Pfd. à M. 1,20... REIDL'S BACKPULVER...

REIDL'S BACKPULVER advertisement with logo and prices. Includes text: bei 9 Pfd. à M. 1,20, ab 25 " à M. 1,10...

Kaffee Kriegsmischung, ca. 25 pZt. Bohnenkaffee... Kaffee Kriegsmischung...

la Ammonium 10 Pfund-Packung M. 10,50... la Backpulver 10 Pfund-Packung M. 14...

Das Beste für Backofenlampen! Glühstrümpfe. Nur prima Qualitätsware... Das Beste für Backofenlampen!